

Der Terror weckt Angst vor dem Fichenstaat

Catherine Weber fürchtet um die Grundrechte

RUEDI STUDER, Bern

«Die Schweiz ist nicht von Terrorismus bedroht», sagt die Berner Politaktivistin Catherine Weber – trotz der Anschläge in Grossbritannien. Seit 20 Jahren kämpft sie gegen den «Schnüffelstaat».

Catherine Weber sitzt in ihrem Büro an der Neuengasse 8 in Bern. In den Regalen stapeln sich bunte, mit Dokumenten gefüllte Kartons, mit Themen wie Staatsschutz, Asylrecht oder Menschenrechte. In den Räumlichkeiten lagert auch das Archiv des früheren Komitees «Schluss mit dem Schnüffelstaat», welches nach der Fichenaffäre von 1989 die politische Polizei abschaffen wollte.

Weber war damals Geschäftsführerin des Komitees. «Das Ausmass der Überwachung hat mich erschüttert», sagt die heute 51-Jährige, über deren politische Aktivitäten ebenfalls eine Akte angelegt worden war. Sie ist der Thematik bis heute treu geblieben – etwa als Vorstandsmitglied von «grundrechte.ch», welche sich für die Verteidigung und die Stärkung der Grundrechte einsetzt.

GRUNDRECHTE BEDROHT. Letztere sieht Weber angesichts der neusten Terroranschläge in Grossbritannien auch in der Schweiz bedroht: «Diese Anschläge sind Wasser auf die Mühlen jener,

welche den Staatsschutz weiter ausbauen wollen.»

Konkret geht es um die Pläne von Bundesrat Christoph Blocher: Mit der Revision des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS II) sollen die Staatsschützer auch ohne konkreten Tatverdacht beispielsweise Telefone und Computer anzapfen oder Privatwohnungen verwandten können – alles im Namen der Terrorismus- und Extremismusbekämpfung.

FICHENSKANDAL. «Damit würden die Staatsschnüffler all jene Befugnisse zu schweren Grundrechtseingriffen zurückerhalten, die sie vor dem Fichenskandal ohne gesetzliche Grundlage beansprucht hatten», kritisiert Weber. Zur Erinnerung: Mit dem Fichenskandal von 1989 kamen rund 900 000 Fichen von Personen und Organisationen zum Vorschein. Während Jahrzehnten hatte der Staatsschutz breit gefächert Informationen über potenzielle Staatsfeinde – betroffen waren grossmehrheitlich Ausländer – zusammengetragen.

Dazu Weber: «Heute wird der islamistische Terrorismus als Bedrohung genannt, früher waren es der Kommunismus, die sozialen Bewegungen oder die organisierte Kriminalität – der Staatsschutz findet immer ein Feindbild.»

Im Nachgang zur Fichenaffäre wurde der Staatsschutz eingeschränkt und auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Die Überwachung ging damit aber weiter: Im Jahr 2004 waren im Staatsschutz-Computer-System ISIS bereits wieder 60 000 Personen und Organisationen registriert – neuere Zahlen gibt das Bundesamt für Polizei nicht bekannt. «Es ist doch nicht vorstellbar, dass in der Schweiz so viele Terrorverdächtige leben – sonst müssten wir wirklich Angst haben», meint Weber lakonisch.

POLITISCHE POLIZEI. Vielmehr fungiere der Staatsschutz weiterhin als politische Polizei – diesmal gegen Globalisierungsgegner, Hausbesetzer, Sans-Papiers, abgewiesene Asylsuchende und sogar Fussballfans. «Und wieder sind überwiegend Ausländer betroffen. Gemäss letzten Angaben der Staatsschützer waren 2004 nur gerade 1000 Schweizer im ISIS registriert», so Weber, welche als junge Frau durch die Schwarzbach-Initiativen politisiert worden war und für Asylrechtsorganisationen gearbeitet hat.

Für Weber gehört der Staatsschutz nach wie vor abgeschafft. «Es gibt auch mit mehr Überwachung nie eine absolute Sicherheit, wie das beispielsweise Grossbritannien auf brutale Weise zeigt.»



Politaktivistin. Catherine Weber kämpft seit 20 Jahren gegen den «Schnüffelstaat». Foto B. Zurbruggen

«Akademiker sind nicht die besseren Menschen»

Können aus Ärzten Terroristen werden? Durchaus, sagt die forensische Psychologin Henriette Haas

INTERVIEW: BENEDIKT VOGEL

Seit den – teilweise vereitelten – Anschlägen in Grossbritannien steht ein unglaublicher Verdacht im Raum: Gut ausgebildete Ärzte sollen für den Terror verantwortlich sein. Die baz befragte dazu die Psychologin Henriette Haas.

baz: Frau Haas, Sie kennen sich aus mit Täterprofilen. Können aus Ärzten Mörder werden?

HENRIETTE HAAS: Ja, es gibt kein bestimmtes Persönlichkeitsprofil für Terroristen. Nach allem, was man weiss, werden junge Menschen auf der Suche nach Sinn im Leben durch Indoktrination mit raffinierten Psychomethoden rekrutiert und radikalisiert.

Man würde denken, dass ein akademisch Gebildeter weit weniger bereit ist zu einer terroristischen Tat.

Es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass Akademiker die besseren Menschen wären. Die Weltgeschichte kennt verschiedene akademisch ausgebildete Terroristen – denken Sie an Ulrike Meinhof, Horst Mahler, Hiram Wesley Evans oder an Abimael Guzmán, ehemaliger Philosophieprofessor und Begründer des maoistischen «Sendero luminoso», einer der gewalttätigsten südamerikanischen Terrororganisationen überhaupt. In seiner Studentenzeit soll Guzmán als introvertierter und sehr gewissenhafter junger Mann gegolten haben.

Der Zahnarzt Hiram Wesley Evans aus Dallas war von 1920 bis 1939 «Imperial Wizard» d.h. Chef des Ku Klux Klans. Er organisierte persönlich die Entführung eines schwarzen Bürgerrechtlers und brannte ihm die Buchstaben KKK mit Säure auf die Stirn.

Bei den Führern der Al Qaida haben wir beispielsweise den Arzt Ayman al-Zawahiri, der auf der Liste der *top most wanted terrorists* des FBI figuriert. Auch er stammt aus einer Akademikerfamilie und galt als Bücherwurm, er liebte Poesie und hatte offenbar eine sehr enge Beziehung zu seiner Mutter.

Kann auch jemand, der mit westlichen Werten sozialisiert wurde, ohne weitere als Terrorist rekrutiert werden?

Ja, auch dafür gibt es Beispiele, etwa Muriel Degauque. Sie war eine junge Belgierin, ebenfalls mit unauffälligem Hintergrund, die als 30-Jährige bei ihrer ersten Heirat zum Islam konvertierte. Nach ihrer zweiten Heirat, ebenfalls mit einem Muslim, wurde sie zunehmend radikal und trug eine Ganzkörperverschleierung. Sie sprengte sich 2005 als Selbstmordattentäterin im Irak in die Luft.

Spielt die Herkunft überhaupt eine Rolle bei der Frage, ob jemand zum Terroristen wird?

Nur bedingt. Es hat vielleicht statistisch gesehen mehr Terroristen, die sich auf den Jihad, den heiligen Krieg des Islam, berufen. Aber es gibt ja viele Terrorgruppen mit



Henriette Haas

FORENSISCHE PSYCHOLOGIN.

Die in Basel aufgewachsene Henriette Haas (49) ist Privatdozentin für forensische (gerichtliche) Psychologie an der Universität Zürich. Einst Professorin für Kriminologie an der Universität Lausanne, war Haas von 2004 bis 2007 wissenschaftliche Beraterin und Chefin der Abteilung Analyse beim Dienst für Analyse und Prävention im Bundesamt für Polizei in Bern.

Die baz hat das Interview mit Henriette Haas schriftlich geführt. www.henriette-haas.com

> www.henriette-haas.com

ganz anderem, nota bene auch westlichem ideologischem Hintergrund, etwa die baskischen Gruppen, die IRA, die rassistische «White supremacist»-Bewegung, die Tierschutz- und Öko-Terrorgruppen oder schliesslich die christlich-fundamentalistischen Anti-Abtreibungsterroristen.

Ärzte verfügen über ein hohes Sozialprestige. Glauben Sie, dass die Jihad-Rekrutierer bewusst solche Leute anwerben, um das Vertrauen der westlichen Gesellschaften zu erschüttern?

Ich könnte es mir vorstellen, aber wir werden es erst wissen, wenn die neusten Anschläge und Versuche gerichtlich aufgearbeitet sind. Wenn tatsächlich eine ganze Gruppe von Ärzten rekrutiert worden ist, könnte es sich tatsächlich um einen besonders zynischen symbolischen Akt handeln, der wahrscheinlich einen weiteren Keil zwischen die Muslime und die Nicht-Muslime im Westen treiben soll. Ärzte haben den hippokratischen Eid abgelegt, sind also der Erhaltung des Lebens besonders verpflichtet, und sie sind – unabhängig von ihrer Religion – Vertrauenspersonen für die Bevölkerung. Wenn also Ärzte bewusst rekrutiert worden wären, wäre die Absicht der Drahtzieher dahinter diejenige, unter den Nicht-Muslimen ein generelles Misstrauen gegenüber Muslimen zu säen, um damit die Fronten noch weiter zu verschärfen und die Muslime – gerade auch die gut integrierten und gut ausgebildeten – gesellschaftlich zu isolieren.

Mit dem islamistischen Terror drohen «die Ausländer» unter einen Generalverdacht zu geraten. Wie soll die Gesellschaft darauf reagieren?

In der Tat besteht die Gefahr, dass der islamistische Terror zu rassistischen Vorurteilen und Diskriminierungen gegenüber allen Muslimen führt. Dies entspricht übrigens genau der Absicht der Terroristen, nach der Strategie von Gaius Julius Caesar: «Teile und herrsche». Meiner persönlichen Ansicht nach

tun wir gut dran, wenn wir den aufgeklärten Islam und diejenigen Muslime, die sich gegen den Terror wenden – und davon gibt es nämlich sehr viele –, unterstützen und integrieren.

In der Zeit des Kalten Krieges wurde die Überwachung der eigenen Bevölkerung zeitweise stark ausgebaut (Stichwort Fichen). Zwingt uns die Terrorgefahr, wieder ähnlich zu denken?

«Ohne Überwachung würde es nicht lange gehen, bis auch bei uns schlimme Dinge passieren.»

Nein, ich glaube wir haben aus den Fehlern der Zeit des Kalten Krieges gelernt, dass Überwachungsmaßnahmen politisch und gerichtlich angeordnet werden müssen, nur gezielt (und nicht breit) erfolgen sollen und dazu auch periodisch überprüft werden müssen.

Die Politik diskutiert zurzeit den Ausbau präventiver Ermittlungen gegen Terroristen (BWIS II). Ist ein Mensch, der potenziell überwacht wird, weniger frei?

Jede Überwachung ist eine Einschränkung der Freiheit, das schleckt keine Geiss weg. Aber was würde geschehen, wenn wir gänzlich darauf verzichteten? Dann wäre unser Land ein Freiraum für die Drahtzieher, der die einschlägigen Personen sehr bald wie ein Magnet anziehen würde. Als historisches Beispiel für eine solche Entwicklung würde ich den Libanon nennen. Sehen Sie selbst, wo heute die ehemalige «Schweiz des Nahen Ostens» steht, die bis 1970 besonders offen und tolerant war. Ohne jegliche Überwachung würde es nicht mehr lange gehen, bis auch bei uns schlimme Dinge passieren. Es gibt dazu ein gutes Sprichwort: In jedem Land hat es Polizei, Nachrichtendienste und Armee – es steht nur zur Wahl, ob es die eigenen sein sollen oder Fremde.

Schweiz bleibt verschont

Erst ein Terrorismus-Urteil

BERN. «Man darf die Situation nicht unterschätzen», sagt Danièle Bersier vom Bundesamt für Polizei (fedpol) mit Blick auf mögliche Terroranschläge in der Schweiz. Seit den Anschlägen vom 11. 9. 2001 kam es hierzu allerdings erst zu einer einzigen Verurteilung im Zusammenhang mit islamistischem Terrorismus, wie die folgende Aufstellung auf der Grundlage der fedpol-Berichte zur Inneren Sicherheit zeigt:

> **21. 6. 2007:** Das Bundesstrafgericht verurteilt den Tunesier **Moez Garsallaoui** (38) und die Marokkanerin **Malika El Aroud** (48) zu einer Gefängnisstrafe von 24 bzw. sechs Monaten. Das muslimische Paar, das früher in Düringen (FR) zuhause war und seit 2006 in Belgien lebt, hatte 2004 und 2005 eine Internetseite betrieben, die von islamistischen Gruppen für Propaganda benutzt wurde.

> **28. 2. 2007:** Der Terrorprozess gegen fünf Jemeniten und zwei Männer aus Somalia und dem Irak gerät zum Flop: Im sogenannten «**Al-Qaida-Prozess**» vor dem Bundesstrafgericht lässt sich der Vorwurf nicht erhärten, die Männer hätten Al Qaida logistisch unterstützt und versucht, einen jemenitischen Terrorhelfer in die Schweiz zu schleusen.

> **Herbst 2006:** Ein tunesischer Asylbewerber in der Schweiz wird von Italien verdächtigt, an der Herstellung und Verbreitung **falscher Papiere** zu Terrorzwecken beteiligt gewesen zu sein.

> **Juni 2006:** Ein irakischer Kurde mit Wohnsitz in Basel wird festgenommen unter dem Verdacht, **mehrere Zehntausend Franken** zugunsten irakischer Terrorgruppen überwiesen zu haben.

> **Mai 2006:** Zwölf Nordafrikaner werden verdächtigt, durch bandenmäßige Diebstähle die algerische Terrororganisation GSPC finanziert zu haben. Dem Anführer wird vorgeworfen, einen **Anschlag gegen ein El-Al-Flugzeug** geplant zu haben. Konkrete Vorbereitungen lassen sich indes nicht nachweisen.

> **Mai 2005:** Die Bundesanwaltschaft stellt das Verfahren gegen die **Al-Taqwa**-Bank in Lugano ein. Die Führung der Bank war verdächtigt worden, bei der Finanzierung von Al Qaida mitgewirkt zu haben.

> **April 2005:** Der Marokkaner Aberrahmane Tahiri («**Mohammed Achraf**») wird als mutmasslicher Terrorist an Spanien ausgeliefert. www.spa.gov.es